

LEONBERG

& STROHGÄU MIT UMGEBUNG

OB-Wahl: Grüne wollen Kandidaten stellen

Sommergespräche Trotz der Wahlverluste gehen in Leonberg Bernd Murschel und Birgit Widmaier selbstbewusst in die neue Ratsperiode.

Eine Stadt im Grünen – das dürfte Leonberg nicht wirklich werden. Aber mehr Grün geht auf jeden Fall. Um das zu demonstrieren, haben der Grünen-Fraktionschef Bernd Murschel und seine Stellvertreterin Birgit Widmaier auf die renaturierte alte Autobahntrasse geladen.

Frau Widmaier, Herr Murschel, inmitten von so viel Grün müssten Sie sich doch besonders wohlfühlen.

Widmaier: Ja, die Gestaltung der alten Autobahntrasse ist wirklich gelungen und erlaubt mit dem Bolzplatz, der Boulebahn und einem Klettergerüst viele Aktivitäten.

Murschel: Und man hat einen schönen Blick auf die Stadt.

Besonders auf den Engelberg.

Murschel: Da sehen wir, wie das Schaffen von Wohnraum nicht funktionieren sollte: In der bevorzugten Wohnstraße Obere Burghalde wird stark verdichtet. Was dort läuft, ist aber kein Wohnbau für die Allgemeinheit.

Wie kann Wohnraum für Menschen mit weniger Geld geschaffen werden?

Murschel: Zunächst einmal müssen wir schauen, wo Leerstände sind: Wo kann man ungenutzten Raum aktivieren? Wo kann man aufstocken und in die Höhe bauen?

Sind neue Wohnquartiere in den Randbezirken und Stadtteilen eine Option?

Murschel: Für uns gilt der Grundsatz: Innen vor außen. Das sagen wir seit 20 Jahren, aber es wurde leider nicht konsequent verfolgt. Außerdem wächst die Bevölkerung nicht so stark, wie erwartet. Leonberg hat die 50 000-Einwohner-Marke noch nicht überschritten, obwohl das prognostiziert wurde.

Den hohen Bedarf an Wohnraum können Sie nicht in Abrede stellen.

Widmaier: Wenn Sie sich die vielen Kräne anschauen, sehen Sie, dass wir eine rege Bautätigkeit haben. Aber die schweren Zeiten mit Krieg und Corona-Folgen haben negative Auswirkungen auf die Baubranche.

Im Postareal, dessen Gestaltung Sie kritisieren, sind 110 Wohnungen geplant.

Widmaier: Das kritisieren wir auch nicht, im Gegenteil. Was wir bemängeln, ist die Struktur des Komplexes: drängende Enge, der Radweg außerhalb und nicht im Gelände selbst, die komplizierte Anbindung und nicht zuletzt den hohen Stellplatzschlüssel.

Das Postareal ist Teil der Internationalen Bauausstellung IBA. Ist das kein Garant für eine nachhaltige Planung?

Murschel: Zunächst einmal braucht die IBA Projekte und hat deshalb in Leonberg zugegriffen. Eine positive Option ist in der Tat, dass die Gebäude energetisch hochwertig erstellt werden. Gleichzeitig muss man aber sehen, dass Bauen immer teurer wird.

Die Diskussionen um diesen Bereich ziehen sich mehr als 15 Jahre hin. Kann man da überhaupt seriös planen?

Murschel: In den vergangenen fünf Jahren lag es auch an den äußeren Umständen, etwa der Pandemie. Der Investor Strabag Real Es-



Grünes und Urbanität müssen kein Widerspruch sein: Blick auf die alte Autobahntrasse und die Leonberger Stadtmitte.

Fotos: Simon Granville

tate hat permanent veränderte Pläne vorgelegt. Jetzt muss die Stadt den Brückenschlag zur Altstadt selber bauen und auch das alte Postgebäude in Eigenregie abreißen. Außerdem waren die Umstände des städtebaulichen Vertrags zwischen Leonberg und Strabag fast schon eine Lachnummer. Laut Oberbürgermeister Cohn lag das Papier im März vor, aber nicht dem Gemeinderat.

Widmaier: Deshalb war es richtig, dass der Gemeinderat in der Sitzung am 30. April das 66 Seiten starke Vertragswerk, das wir erst wenige Stunden zuvor bekommen hatten, nicht einfach nur abgenickt hat.

Kurz vor den Ferien hat es im Gemeinderat heftige Diskussionen um eine Biotop-Vernetzung gegeben. Sie sind dafür, das eher bürgerliche Lager lehnt sie ab.

Murschel: Darunter sind, vereinfacht ausgedrückt, Trittsteine zu verstehen, um einzelne Naturflächen in der Stadt miteinander zu verbinden. Unter dem zugegebenermaßen sperrigen Begriff „Biodiversitätsstärkungsgesetz“ hat das Land diese Aufgabe den Kommunen übertragen. Es ist die Antwort auf das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ von 2019. Man kann zum Beispiel Streuobstwiesen in ihre ursprüngliche Form bringen oder Hecken anpflanzen.

Landwirte befürchten neue Auflagen.

Murschel: Es gibt bisher nur ein grobes Konzept. Die Feinabstimmung soll in den kommenden Jahren mit allen Beteiligten besprochen und dann im Flächennutzungsplan festgeschrieben werden.

Sind nennenswerte Naturräume in einer Innenstadt überhaupt möglich?

Widmaier: Es ist eine spannende Herausforderung. Wir hatten 500 weitere Bäume für

Leonberg beantragt, die Schatten spenden und die Temperaturen senken. Einige davon sind schon gepflanzt.

Sind das Bestandteile des OB-Projektes „Stadt für morgen“?

Murschel: Das sind unsere eigenen Vorschläge. Unter dem Begriff „Stadt für morgen“ kann man Gott und die Welt unterbringen. Uns geht es um die Frage, wie sich Leonberg entwickeln muss, um lebenswert zu bleiben. Der Brückenschlag für Fußgänger und Radler zur Altstadt ist ein super Vorhaben. Insgesamt müssen die Wege attraktiver werden. Davon profitieren Handel und Gastronomie.

Sie hatten bei unserem vergangenen Sommergespräch laut darüber nachgedacht, den Neuköllner Platz vor dem Leo-Center autofrei zu machen.

Widmaier: Wir hatten aber auch klar gesagt, dass es dann andere Verkehrsführungen geben muss, damit kein Chaos ausbricht.

Murschel: Grundsätzlich müssen wir uns mit der Zukunft des Leo-Centers beschäftigen. Da geht es um mehr als nur die Frage, was auf die frei werdende Karstadt-Fläche kommt. Es geht um die Bedeutung des Leo-Centers für die Stadt.

In der in der Eltinger Straße und in der Brennerstraße gab es einen Test, ob dort jeweils eine Autospur durch Umweltpuren für Bus und Rad ersetzt werden können.

Widmaier: Dieser Test hat ergeben, dass eine Spuränderung nur minimale Auswirkungen auf den Verkehrsfluss hat, außer ab und zu in der Rushhour. Das ist jetzt zwei Jahre her. Aber wir wissen nicht, wie es nun weitergeht. Wir haben keine Informationen.

Viele andere Ratsmitglieder fühlen sich von der Stadtverwaltung ebenfalls nicht gut informiert. Ist das symptomatisch?

Murschel: Wir brauchen eine arbeitsfähige Verwaltungsspitze. Die jetzige Situation der Unklarheit dauert schon viel zu lange.

Sie meinen die Überprüfung der Gründe, warum Oberbürgermeister Martin Georg Cohn (SPD) seiner Stellvertreterin Josefa Schmid (FDP) vor fast 14 Monaten ein Dienstverbot auferlegt hat? Die obliegt dem Regierungspräsidium, das von Ihrer Parteifreundin Susanne Bay geführt wird. Manche werfen der Behörde Verschleppung vor.

Murschel: Das Regierungspräsidium verschleppt nichts. Es kann nicht entscheiden, weil auch die Staatsanwaltschaft Ermittlungen führt. Und die müssen erst beendet sein.

Widmaier: Keine Firma könnte sich das leisten. Aber wir vom Gemeinderat können nur politischen Druck machen. Auf die Staatsanwaltschaft haben wir keinen Einfluss.

SOMMERGESPRÄCHE

Bernd Murschel (67) gehörte von 2006 bis 2021 dem Landtag an und sitzt seit 1989 im Leonberger Gemeinderat. Die Fraktion führt der promovierte Agraringenieur seit 2009. Bei der Wahl 2009 war er Stimmenkönig.

Birgit Widmaier (62) ist Fraktionsvize und die Finanzexpertin ihrer Fraktion, der sie seit 1994 angehört. Gleichwohl hat sie ein Herz für Sozial- und Kulturprojekte.

Serie In den Ferien interviewen wir Leonberger Stadträte. Den Ort bestimmen sie. *sl*

Murschel: Es ist zweifelsfrei eine nicht normale Situation, deren Außenwirkung weit über unseren Umkreis hinausgeht. Spätestens mit der OB-Wahl im kommenden Jahr wird absehbar sein, wie es weitergeht.

Bringen Sie einen eigenen Kandidaten?

Murschel: Wir werden das intensiv diskutieren, es ist ja nicht einfach, geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Grundsätzlich stehen wir dieser Möglichkeit aber sehr aufgeschlossen gegenüber. Es ist an der Zeit, einen grünen Akzent zu setzen.

Im neuen Gemeinderat ist der grüne Akzent nicht so einfach. Sie haben Ihren Status als größte Fraktion verloren.

Murschel: In Leonberg selbst stehen wir relativ gut da. Natürlich nicht so, wie wir es uns gewünscht hätten, aber der Unterschied zur CDU beträgt nur gut zwei Prozent.

Widmaier: Um die Stadt konstruktiv nach vorne zu bringen, braucht es den Willen, mehr gemeinsam zu machen. Eine Sprachlosigkeit zwischen den Fraktionen wäre schwierig. So kann es ja nicht weitergehen.

Einigkeit zwischen den Fraktionen dürfte bei Christoph 41 herrschen.

Widmaier: Ja. Andernorts läuft man Sturm gegen den Hubschrauber, bei uns ist er willkommen. Wir als Grüne sind klar für den Verbleib von Christoph 41 am Krankenhaus.

Im Krankenhaus selbst ist nach der Entscheidung, dass die Gynäkologie mindestens noch fünf Jahre bleibt, etwas Ruhe eingeleitet.

Murschel: Der Landkreis als Klinikträger musste damit Druck aus dem Kessel nehmen. Inhaltlich ist das sehr gut. Die hebammengeführte Geburtshilfe hat ja erst vor zwei Jahren ihre Arbeit aufgenommen, sie jetzt wieder einzustampfen, wäre ein Wahnsinn. Zumal die Zahlen steigen. Was nichts an der Situation ändert, dass die grundsätzliche Finanzierung der Krankenhäuser komplett falsch läuft. Das ist Bundes- und Ländersache, aber den Kreisen wird es aufgedrückt.

Das Gespräch führte Thomas K. Slotwinski.

Blickwinkel

Neue Rolle für die Leonberger Grünen

Die einstige Mehrheitsfraktion muss nun im Rat den Konsens suchen.



Von Thomas K. Slotwinski

Vor fünf Jahren hatten die Grünen ihre wohl beste Zeit. Die Fridays-for-Future-Bewegung und deren Ikone Greta Thunberg begeisterte viele. Das brachte der Partei nicht nur Stimmen auf Bundes- und Landesebene, sondern zudem in den Lokalparlamenten. So auch in Leonberg, wo die Grünen bei der Kommunalwahl 2019 stärkste Kraft wurden.

Nicht erst seitdem kämpfen der Routinier Bernd Murschel – nach wie vor die klare Führungspersönlichkeit in der Leonberger Partei und der Ratsfraktion – und die Seinen für eine klimafreundliche Stadt und für mehr Rechte für Radfahrer. Anfangs hatten sie mit dem SPD-Oberbürgermeister Martin Georg Cohn einen Unterstützer. Doch schon bald deklarierte der OB die Bemühungen um ein grünes Zentrum mit mehr Aufenthaltsqualität unter dem Slogan „Stadt für morgen“ zu seinem eigenen Projekt.

Die Anflüge einer rot-grünen Allianz, die aber nie eine wirkliche war, sind mittlerweile der grauen Realität gewichen. Dass von einem Verkehrsversuch, bei dem vor zwei Jahren die Auswirkungen einer Verringerung der Autospuren im Zentrum getestet wurden, nichts mehr zu hören ist, stößt den Grünen sauer auf – hatte er doch ergeben, dass jenseits der Hauptverkehrszeiten eine Bus- und Radspur in der Eltinger Straße ohne Verkehrschaos machbar wäre.

Doch die Fraktion, zwischenzeitlich nur noch drittstärkste Kraft im Rat, hat erst einmal andere Probleme. Sie muss sich neu positionieren, um weiter ihre Themen auf der Tagesordnung zu halten. So senden Murschel und seine Stellvertreterin Birgit Widmaier im Sommergespräch mit unserer Zeitung denn auch Signale der Dialogbereitschaft und der Gemeinsamkeit mit den anderen aus. Sie wissen: ein Konfrontationskurs würde sie isolieren. CDU, Freie Wähler und FDP haben gemeinsam genügend Stimmen, um die wesentlichen Beschlüsse nach ihrem Gusto zu gestalten.

Ein Gemeinderat ist freilich kein Parlament wie etwa der Bundestag. Hier geht es um pragmatische Entscheidungen zum Wohle der Stadt. So dürfte eine erste Nagelprobe des neu zusammengestellten Gremiums der weitere Umgang mit dem Postareal sein. Die städtebaulich so immens wichtige Klammer zwischen dem historischen Marktplatz und der neuen Stadtmitte wurde bisher von den Grünen abgelehnt: Die Dimensionen seien zu wuchtig, das Quartier insgesamt sehr autolastig mit zu vielen Stellplätzen.

Eine Interpretation, die die sogenannte bürgerliche Mehrheit anders sieht: Leonberg sei nun einmal nicht Paris oder London. Einen Nahverkehr, der Autos großteils verzichtbar macht, werde es in den kommenden Jahren nicht geben. Dass auf dem Postareal 110 neue Wohnungen entstehen sollen, ist ein weiteres Argument der Befürworter.

Grundsätzlich sind die Öko-Partei und die Bürgerlichen gar nicht soweit auseinander: Dass auf der hässlichen Brache unterhalb der Stadt dringend etwas geschehen muss, ist parteiübergreifender Konsens. Dass die Stadt Wohnraum braucht, ist ebenfalls unstrittig. Und zumindest die örtlichen Grünen räumen ein, dass es in einer Stadt wie Leonberg ohne Autos nicht gehen wird – und zeigen damit Realitätsbewusstsein.

In Zeiten, in denen die demokratischen Parteien einer Welle des Misstrauens ausgesetzt sind, wäre es ein positives wie wichtiges Zeichen, würden wichtige Beschlüsse ohne ideologisches Gezänk und mit breiten Mehrheiten auf den Weg gebracht. Mit Blick auf die fragile Lage an der Rathauspitze ist hier der Gemeinderat als starkes wie konsensorientiertes Gremium besonders gefordert.



Die Stadt grün vernetzen: Grünen-Spitzenleute Bernd Murschel (rechts) und Birgit Widmaier im Sommergespräch mit dem Leonberger Redaktionsleiter Thomas K. Slotwinski auf der alten Autobahntrasse, im Hintergrund der Engelberg.